

Einladung

zur 22. Sitzung des Sozialausschusses am Montag, 18. Februar 2019, 15.00 Uhr,
Rathaus, Hodlersaal

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die 20. Sitzung am 19. November 2018
3. Genehmigung des Protokolls über die 21. Sitzung am 17. Dezember 2018
4. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
5. Dringlichkeitsantrag von Ratsherrn Tobias Braune zur Einrichtung einer zentralen Notunterkunft für Obdachlose in der nicht genutzten U-Bahn-Station unter dem Raschplatz
(Drucks. Nr. 0265/2019)
6. Antrag der Fraktion Die Hannoveraner zum Prüfantrag zur Öffnung des Bunkers unter dem Ernst-August-Platz für Obdachlose im Winter
(Drucks. Nr. 0297/2019)
7. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Steigerung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften
(Drucks. Nr. 0267/2019)
8. Beratungs- und Betreuungsangebot für Clubs, Partys und Festivals/SaferNightLife
(Drucks. Nr. 0283/2019)
9. Abschluss des Förderwettbewerbes für Projekte zur Unterstützung alter(n)sgerechter Quartiersentwicklung 2018
(Informationsdrucks. Nr. 0422/2019 mit 1 Anlage)
10. Bericht der Dezernentin

Schostok

Oberbürgermeister

PROTOKOLL

22. Sitzung des Sozialausschusses am Montag, 18. Februar 2019,
Rathaus, Hodlersaal

Beginn	15.00 Uhr
Ende	15.57 Uhr

Anwesend:

Ratsfrau Klingenburg-Pülm	(Bündnis 90/Die Grünen)
Ratsherr Nicholls	(SPD)
Ratsherr Alter	(SPD)
Ratsherr Döring	(FDP)
Ratsherr Hellmann	(CDU)
Ratsfrau Iri	(SPD)
Ratsfrau Jeschke	(CDU)
Ratsherr Küßner	(CDU)
Ratsfrau Langensiepen	(Bündnis 90/Die Grünen)
Ratsherr Yildirim	(LINKE & PIRATEN)

Beratende Mitglieder:

Frau Lenssen
Frau Stadtmüller

Grundmandat:

Ratsherr Böning	(DIE HANNOVERANER)
Ratsherr Klippert	(Die FRAKTION)

Verwaltung:

Stadträtin Beckedorf, Sozial- und Sportdezernentin
Frau Ruhrort, Fachbereich Soziales
Frau Vogt-Janssen, Fachbereich Senioren
Frau Feuerhahn, Fachbereich Soziales
Frau Kalmus, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Herr Laue, Sozial- und Sportdezernat
Frau Rösch, Fachbereich Soziales
Herr Woike, Sozial- und Sportdezernat, Beauftragter Sucht und Suchtprävention
Frau Hanebeck, Fachbereich Soziales
für das Protokoll

Presse:

Herr Marx, NP
Frau Rinas, HAZ
(beide bis 15:45 Uhr)

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
11. Dringlichkeitsantrag der Gruppe Linke & Piraten zur Ausweitung der Einsatzzeiten für Kältebus
(Drucks. Nr. 0525/2019)
2. Genehmigung des Protokolls über die 20. Sitzung am 19. November 2018
3. Genehmigung des Protokolls über die 21. Sitzung am 17. Dezember 2018
4. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
5. Dringlichkeitsantrag von Ratsherrn Tobias Braune zur Einrichtung einer zentralen Notunterkunft für Obdachlose in der nicht genutzten U-Bahn-Station unter dem Raschplatz
(Drucks. Nr. 0265/2019)
6. Antrag der Fraktion Die Hannoveraner zum Prüfantrag zur Öffnung des Bunkers unter dem Ernst-August-Platz für Obdachlose im Winter
(Drucks. Nr. 0297/2019)
7. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Steigerung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften
(Drucks. Nr. 0267/2019)
- 7.1. Zusatzantrag der Gruppe Linke & Piraten zu Drucks. Nr. 0267/2019:
Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Steigerung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften
(Drucks. Nr. 0526/2019)
8. Beratungs- und Betreuungsangebot für Clubs, Partys und Festivals/SaferNightLife
(Drucks. Nr. 0283/2019)
9. Abschluss des Förderwettbewerbes für Projekte zur Unterstützung alter(n)sgerechter Quartiersentwicklung 2018
(Informationsdrucks. Nr. 0422/2019 mit 1 Anlage)
10. Bericht der Dezernentin

TOP 1.

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Ratsfrau Klingenburg-Pülm eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Ratsfrau Klingenburg-Pülm wies auf 2 als Tischvorlage verteilte Anträge hin. Zum einen einen *Zusatzantrag (Drucks. Nr. 0526/2019) zu Tagesordnungspunkt 7* und zum anderen einen *Dringlichkeitsantrag (Drucks. Nr. 0525/2019) zur Ausweitung der Einsatzzeiten für den Kältebus*.

Dringlichkeitsantrag der Gruppe Linke & Piraten zur Ausweitung der Einsatzzeiten für Kältebus (Drucks. Nr. 0525/2019)

Ratsherr Yildirim sagte, die Dringlichkeit des Antrages seiner Gruppe ergebe sich aus der inzwischen seit einem Jahr laufenden Diskussion um den Kältebus. Der derzeitige Kältebus sei nur an 3 Tagen für 3 oder 4 Stunden unterwegs. Seine Gruppe wolle eine Ausweitung auf 7 Tage die Woche mindestens von 18 bis 23 Uhr, möglichst sogar die ganze Nacht über erreichen. Auch angesichts der inzwischen 4 Kältetoten sei eine Ausweitung dringend notwendig.

Ratsherr Klippert sagte, er halte die Dringlichkeit für gegeben und wolle über den Antrag diskutieren. Er erhoffe sich auch zur Haushaltsrelevanz weitere Informationen, selbst wenn der Antrag später in die Fraktionen gezogen werden sollte.

Ratsherr Döring erinnerte daran, dass die Fraktionen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN im Rahmen der Haushaltsplanberatungen Maßnahmen getroffen, um mit dem Träger eine längere Betriebszeit für den Kältebus zu verabreden. In den Vorgesprächen sei auch von den Trägern angedeutet worden, dass die Frage nach den Bedarfen, aber auch nach den Besetzungen der Busse ungeklärt sei. Mit einer bloßen Ausweitung der Zeiten sei es nicht getan, da auch Personal hierfür zur Verfügung stehen müsste. Er persönlich sehe für eine Dringlichkeit am heutigen Tage keinen Grund. Die haushaltsrechtlichen Fragen sowie die personelle Besetzung sei jedenfalls nicht zu lösen, selbst wenn einer Dringlichkeit zugestimmt werde.

Ratsherr Nicholls sagte, dem schließe er sich an. Den Antrag auch mit den aufgefundenen verstorbenen Obdachlosen zu begründen, halte er für gewagt. Zumindest der aktuelle Fall zeige, dass das Wetter hier wohl keine Rolle gespielt habe.

Ratsfrau Klingenburg-Pülm ließ zunächst über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen.

(Ergebnis s. Tagesordnungspunkt 11; eingefügt direkt nach Tagesordnungspunkt 1)

Zu *Tagesordnungspunkt 7 und 7.1* kündigte **Ratsherr Nicholls** an, diese in die Fraktionen ziehen zu wollen, da hier konkrete Vorschläge unterbreitet werden sollen, die noch weiterer interner Beratung bedürften.

TOP 11.

**Dringlichkeitsantrag der Gruppe Linke & Piraten zur Ausweitung der Einsatzzeiten für Kältebus
(Drucks. Nr. 0525/2019)**

(Diskussionsbeitrag dazu s. Tagesordnungspunkt 1)

Abstimmung über Dringlichkeit:

4 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 2.

Genehmigung des Protokolls über die 20. Sitzung am 19. November 2018

Ohne Aussprache.

Einstimmig

TOP 3.

Genehmigung des Protokolls über die 21. Sitzung am 17. Dezember 2018

Ohne Aussprache.

Einstimmig

TOP 4.

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner bat um Auskunft, wie die Verwaltung zu einer Beschwerdestelle für Obdachlosenunterkünfte und Tagestreffs sowie zur Einrichtung eines Runden Tisches zum Thema Obdachlosigkeit stehe.

Stadträtin Beckedorf erklärte, zur Einrichtung einer Beschwerdestelle gebe es einen politischen Antrag, der derzeit beraten werde. Wenn dieser beschlossen sei, könne die Verwaltung ihre Arbeit hierzu aufnehmen.

Zur Einrichtung eines Runden Tisches sei die Verwaltung dabei eine Einladung an diejenigen, die Angebote für Obdachlose und Wohnungslose machten, einschließlich des Sicherheits- und Ordnungsbereiches, vorzubereiten. Sie gehe davon aus, dass die Einladung noch vor Ostern versandt werden könne.

Eine Einwohnerin sagte, sie sei selbst von Wohnungslosigkeit betroffen, aber inzwischen mit Little Home versorgt. Sie fragte, wie sich die Verwaltung die Zusammenarbeit aller Betroffenen und die Interessenvertretung der Obdachlosen und Wohnungslosen vorstelle.

Auch würde sie interessieren, ob sich die Verwaltung schon einmal an den Haltepunkten des Kältebusses ein Bild gemacht hätte, denn dort sei es kalt, zugig und nicht überdacht.

Abschließend bitte sie um Auskunft, was in nachts mit den Wohnungslosen und Obdachlosen geschehen solle, da es keine Betreuung und Anlaufstelle gebe. Wie könnten die Streetworker zulassen, dass Menschen erfrieren oder vor der Marktkirche stürben.

Stadträtin Beckedorf erläuterte, die Verwaltung plane, wie bereits erwähnt, einen Runden Tisch einzuberufen, bei dem u.a. ein Format gefunden werden solle, bei dem auch die Interessen der Obdachlosen und Wohnungslosen Berücksichtigung fänden.

Zur Interessenvertretung durch die Obdachlosen und Wohnungslosen selbst könne auf einen Workshop des Caritasverbandes Hannover verwiesen werden, der unter Einbeziehung der Nutzenden des Tagestreffs des Caritasverbandes sowie weiterer Interessenten stattgefunden habe. Dort wurde sich ebenfalls mit der Frage befasst, welche Interessen und Bedarfe es seitens der Betroffenen gebe.

Sie selbst, sagte **Stadträtin Beckedorf**, habe im vergangenen Winter an einem kalten und zugigen Tag den Kältebus der Johanniter Unfallhilfe, die diesen Kältebus seit Jahren betreibe, eine Tour zum Raschplatz und Kröpcke begleitet. Das Angebot der Kältebusse habe durch die jüngsten Beschlüsse bei den Haushaltsplanberatungen ausgeweitet werden können, so dass sich nun auch der Caritasverband Hannover als Anbieter und Partner beteilige. Eine Auswertung werde erfolgen um herauszufinden, ob dieses Angebot den Bedarf decke oder an der einen oder anderen Stelle verändert werden müsse.

Stadträtin Beckedorf wies den Vorwurf, Streetworker ließen es zu, dass Obdachlose oder Wohnungslose auf der Straße stürben, zurück. Gerade die aufsuchende Sozialarbeit kümmere sich besonders um diejenigen, die auf der Straße lebten. Dabei dürfe nicht vergessen werden, dass nur Angebote, sei es zur Hilfe oder Vermittlung, gemacht werden könnten. Letztlich sei es aber die Entscheidung der Betroffenen selbst, ob und in welcher Weise sie diese Angebote wahrnehmen.

Die Einwohnerin fragte weiter, warum es nachts zwischen 20 und 8 Uhr morgens keinerlei Unterstützung gebe und keine wettergeschützteren Plätze, bspw. in einem großen Bus, zur Verfügung stünden um sich wenigstens aufwärmen und die wärmenden Getränke des Kältebusses zu sich nehmen zu können. Viele mit Obdachlosen Arbeitende seien nicht entsprechend geschult um auf die jeweiligen Bedürfnisse, die auch durch verschiedenste Probleme geprägt seien, einzugehen.

Stadträtin Beckedorf wies darauf hin, dass sowohl Notunterkünfte als auch Notschlafplätze in ausreichender Zahl vorhanden seien. Seit einiger Zeit gebe es bei den verschiedensten Einrichtungen für Obdachlose und Wohnungslose die Möglichkeit Fahrkarten zu diesen Notschlafplätzen und wieder zurück in die Stadt zu erhalten. Die Unterkunft am Alten Flughafen sowie die Notschlafplätze seien zwar tagsüber geschlossen, aber gerade in der Kälteperiode öffneten sie abends früher und blieben auch morgens länger geöffnet.

Gerade die auf der Straße Tätigen brächten ein hohes Maß an Qualifikation und Empathie mit. Die gesamte Arbeit des Streetwork sei von Beziehungsarbeit geprägt. Wie bereits zurecht von der Einwohnerin geschildert trügen viele auf der Straße Lebende multiple Probleme mit sich herum, seien krank, so dass es oftmals sehr schwierig sei, eine Ebene für Gespräche über Hilfsangebote zu finden und diese anzunehmen.

Hinweisen wolle sie noch auf eine Information im Internet zu Hilfen für Obdachlose, sagte **Stadträtin Beckedorf**:

<https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Verwaltungen-Kommunen/Die-Verwaltung-der-Landeshauptstadt-Hannover/Dezernate-und-Fachbereiche-der-LHH/Sozial-und-Sportdezernat/Fachbereich-Soziales-der-Landeshauptstadt/Beratung-und-Hilfe-f%C3%BCr-Obdachlose>

Die Einwohnerin sagte, sie bedanke sich dafür, dass die Stadträtin Fortschritte mache. Dennoch sei es noch ein weiter Weg, bis sie den Obdachlosen auf ihrer Ebene begegnen könne. Vielleicht sollte sie einmal eine Nacht in einer Obdachlosenunterkunft verbracht haben, um über diese Erfahrung berichten zu können.

Ratsfrau Klingenburg-Pülm wies darauf hin, dass die letzten Äußerungen, gerade auch aufgrund des persönlichen Einsatzes der Stadträtin, wenig Wertschätzung erkennen ließen.

TOP 5.

Dringlichkeitsantrag von Ratsherrn Tobias Braune zur Einrichtung einer zentralen Notunterkunft für Obdachlose in der nicht genutzten U-Bahn-Station unter dem Raschplatz
(Drucks. Nr. 0265/2019)

Ratsherr Böning erklärte, er halte die Forderung für unrealistisch, auch wenn der dahinterstehende Gedanke gut gemeint sei.

0 Stimmen dafür, 10 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 6.

Antrag der Fraktion Die Hannoveraner zum Prüfantrag zur Öffnung des Bunkers unter dem Ernst-August-Platz für Obdachlose im Winter
(Drucks. Nr. 0297/2019)

Ratsherr Böning begründete den Antrag seiner Fraktion.

Ratsherr Klippert erklärte, seine Fraktion werde keinem Antrag der Hannoveraner oder ähnlichen Antragstellern zustimmen. Die Ausführungen von Stadträtin Beckedorf unter *Tagesordnungspunkt 4* zum Runden Tisch seien sehr zu begrüßen.

Frau Stadtmüller wies darauf hin, dass in jedem Winter vorgeschlagen werde, den Bunker oder andere Einrichtungen für Obdachlose zu öffnen. Inzwischen schreite das Jahr voran und der Zeitpunkt für Planungen sei wieder verpasst. Sie schlage daher vor, dass in Ruhe überlegt werde, bei welchen Szenarien derartige Einrichtungen geöffnet würden, so dass dann alles schnell gehen könne.

Ratsherr Nicholls erinnerte daran, dass Stadträtin Beckedorf sehr deutlich gemacht habe, wie sich die Situation der Notunterkünfte darstelle. Er selbst habe zu Beginn der Sitzung darauf hingewiesen, dass seine Fraktion Vorschläge unterbreiten wolle, wie die Verhältnisse in den Unterkünften so gestaltet werden könnten, dass eine vernünftige Unterbringung sichergestellt werden könne. Nicht oft genug könne darauf hinweisen, dass sich die Zahl der Plätze nicht als eklatant so niedrig darstelle, wie es im Antrag suggeriert werde. Er könne überhaupt nicht nachvollziehen, wieso es einen Bedarf nach 2.000 weiteren Plätzen geben solle, wenn schon die vorhandenen nicht komplett belegt seien. Darüber hinaus halte er die Eignung des Bunkers für eine menschenwürdige Unterbringung für nicht gegeben.

Ratsherr Döring schloss sich sowohl den Ausführungen von Stadträtin Beckedorf als auch seines Vorredners an. Die bisher schon bestehenden Vorbehalte der potenziellen Nutzenden dürften auch für die hier diskutierte Einrichtung gelten. Hier müssten Lösungen gefunden werden, die eine Nutzung wahrscheinlicher werden ließen.

Dem schloss sich **Ratsherr Hellmann** an; es mangle offenbar nicht am quantitativen Angebot, sondern an der Akzeptanz. Hier sei anzusetzen. Es interessiere ihn zu erfahren, ob es Seitens der Verwaltung Überlegungen dazu gebe, das Mitführen von Hunden in die Unterkünfte zu ermöglichen.

Stadträtin Beckedorf wies darauf hin, dass dies eine Frage sei, die durch das Baudezernat zu klären sei. Hierzu befände sich die Verwaltung im Austausch. Auch die Streetworker berichteten, dass die fehlende Möglichkeit Hunde mitzubringen oft als Hindernis dafür genannt werde, eine Notunterkunft aufzusuchen.

0 Stimmen dafür, 10 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 7.

Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Steigerung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften
(Drucks. Nr. 0267/2019)

Ohne Aussprache.

Auf Wunsch der SPD in die Fraktionen gezogen

TOP 7.1.

Zusatzantrag der Gruppe Linke & Piraten zu Drucks. Nr. 0267/2019:
Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Steigerung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften
(Drucks. Nr. 0526/2019)

Ohne Aussprache.

Auf Wunsch der SPD in die Fraktionen gezogen

TOP 8.

Beratungs- und Betreuungsangebot für Clubs, Partys und Festivals/SaferNightLife (Drucks. Nr. 0283/2019)

Ratsherr Nicholls sagte, die Intention der Drucksache sei sehr zu begrüßen. Dennoch interessiere es seine Fraktion zu erfahren, um welche Art Veranstaltungen es sich handeln solle.

Herr Woike erläuterte, das Angebot richte sich an Electro- und Technopartys, die regelmäßig über viele Stunden stattfänden um dann dort ein entsprechendes Betreuungsangebot vorsehen zu können.

Ratsherr Klippert wies darauf hin, dass in früheren Jahren bei entsprechenden Veranstaltungen die Möglichkeit des „Drug-Checking“ bestanden habe. Vermutlich sei dies bei diesem Angebot nicht durchführbar. Zu den Safer-Use-Artikeln wünsche er sich weitere Ausführungen sowie bei welchen Veranstaltungen genau das Angebot durchgeführt werden solle.

Herr Woike erklärte, dass „Drug-Checking“, also die Möglichkeit Drogen auf ihre Inhaltsstoffe untersuchen zu lassen, in der Suchtprävention einhellig begrüßt werde. In den 1990-er Jahren sei das Checking von der Step gGmbH bei Veranstaltungen angeboten worden. Aufgrund der inzwischen gestiegenen Vielfalt der Inhaltsstoffe sei es schwierig, eine sichere Aussage zu treffen. Außerdem gebe es derzeit auf Landesebene keine politische Unterstützung, ein solches Angebot wieder einzuführen.

Bei der Auswahl der Partys gebe es einen engen Zusammenschluss mit dem Momo-Projekt, das die Zuwendung erhält. Vorteilhaft sei, dass sich dort junge Erwachsene engagierten, die also genauso alt wie die Partybesucher seien und aus eigenen Erfahrungen das Konzept auf die Gegebenheiten zuschneiden könnten. Beginnen könne das Projekt erst, wenn die entsprechenden Beschlüsse gefasst seien.

Zu einer entsprechenden Nachfrage von **Ratsherrn Nicholls** zur Größenordnung der Veranstaltungen sowie einer genaueren Definition, welche Veranstaltungen in Frage kämen, sagte **Herr Woike**, eine Liste könne in einer der nächsten Sitzungen nachgeliefert werden. Für das zweite Halbjahr gebe es noch keine konkreten Veranstaltungsplanungen. Es sei nicht beabsichtigt, kontinuierlich mit einem Betreiber zu arbeiten, sondern sowohl Betreiber als auch Lokalität zu wechseln. Die genannte Anzahl von 12 Veranstaltungen liege daran, dass nach Abschluss der Haushaltsplanberatungen geschaut werden müsse, wie die zur Verfügung stehenden Mittel sinnvoll genutzt werden könnten.

Ratsfrau Langensiepen sagte, sie freue sich schon jetzt auf die für Herbst dieses Jahres angekündigte Erfahrungsauswertung.

Einstimmig

TOP 9.

Abschluss des Förderwettbewerbes für Projekte zur Unterstützung alter(n)sgerechter Quartiersentwicklung 2018 (Informationsdrucksache Nr. 0422/2019 mit 1 Anlage)

Zum Hinweis von **Ratsherrn Nicholls**, dass in der Liste der geförderten Vorhaben (Anlage zur Drucksache) auch Projekte bedacht wurden, die von anderer Seite ebenfalls gefördert würden, erläuterte **Frau Vogt-Janssen**, die sich aus Fachleuten zusammensetzende Jury habe auf der Basis der Förderbestimmungen dazu Überlegungen angestellt. Bei denjenigen Projekten, die eine zusätzliche Förderung (z. B. Landesmittel) erhalten, sind die beantragten Fördermittel reduziert worden (analog der Landeshaushaltsordnung zu Drittmitteln).

Zur Kenntnis genommen

TOP 10.

Bericht der Dezernentin

10.1

Stadträtin Beckedorf erinnerte daran, dass im Doppelhaushalt 2019/2020 5.000 € für Fahrkarten zur Verfügung stünden, die an Obdachlose ausgegeben werden können, wenn diese glaubhaft machen, eine Unterkunft nur mit dem ÖPNV erreichen zu können. Vorrangig sollten diese Fahrkarten im Rahmen der Krisenintervention in der kalten Jahreszeit ausgegeben werden. Sie seien nicht für regelmäßige Fahrten gedacht; eine mehrfache Nutzung, auch an aufeinander folgenden Tagen sei jedoch kein Hinderungsgrund.

Als Partner für die Ausgabe der Fahrkarten konnten bspw. die Bahnhofsmission, Kompass, der Meckiladen, der Tagestreff Nordbahnhof sowie das DRK als Betreiber der Unterkunft Alter Flughafen gewonnen werden, auch wenn es bei letzterem inzwischen eine Shuttle-Service gebe. Darüber hinaus gäben auch die städtischen Mitarbeitenden des Fachbereiches Soziales, des Ordnungsdienstes und des Bereiches Unterbringung Fahrkarten aus. Mittlerweile seien 600 Fahrkarten im Wert von 1.650 € ausgehändigt worden. Bis März werde die Ausgabe fortgesetzt um dann ein Resümee zu ziehen und das weitere Vorgehen, ggf. mit zusätzlichen Partnern, zu planen.

Hingewiesen werden solle noch auf den Caritasverband Hannover, der, finanziert durch die Ricarda und Udo Niedergerke Stiftung, ebenfalls Fahrkarten ausbebe.

10.2

Stadträtin Beckedorf sagte, die Verwaltung habe in der Sozialausschusssitzung am 15.10.2018 darüber berichten müssen, dass die Landeshauptstadt Hannover beim Programm ESF-Programm BIWAQ IV (Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier) keine Berücksichtigung gefunden, auch, weil weniger Mittel zur Verfügung standen und andere Anträge höhere Zuwendungen erhielten. Da aber nicht alle Mittel abgefordert wurden, sei die Landeshauptstadt Hannover aufgefordert worden, einen Antrag zu stellen. Dafür werde der Antrag überarbeitet. Mit einer Förderzusage sei im März 2019 zu rechnen. Sobald die genauen Rahmenbedingungen feststünden, werde erneut berichtet.

10.3

Stadträtin Beckedorf machte auf das seit 01.01.2019 in Kraft getretene Teilhabechancengesetz aufmerksam. Die Landeshauptstadt Hannover wolle sich an der Umsetzung in erheblichem Umfang beteiligen. Innerhalb der Region Hannover sei geplant, insgesamt 1.300 – 1.400 Arbeitsplätze einzurichten. Innerhalb der Landeshauptstadt sollen, federführend bearbeitet vom Bereich Beschäftigungsförderung, bis zu 100 Arbeitsplätzen eingerichtet werden. Derzeit liefen interne Abstimmungsgespräche mit den zu beteiligenden Dezernaten über die Umsetzung und Organisation dieses Zieles. Sie gehe davon aus, dem Sozialausschuss noch vor der Sommerpause eine umfangreiche Informationsdrucksache vorlegen zu können.

Ratsfrau Klingenburg-Pülm schloss die Sitzung.

Beckedorf
Stadträtin

Hanebeck
für das Protokoll

Gruppe LINKE & PIRATEN (Antrag Nr. 0525/2019)

Eingereicht am 18.02.2019 um 15:00 Uhr.

Sozialausschuss, Finanzausschuss, Verwaltungsausschuss, Ratsversammlung

Dringlichkeitsantrag der Gruppe Linke & Piraten zur Ausweitung der Einsatzzeiten für Kältebus

**Antrag
zu beschließen:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Kältebus-Einsatz im Rahmen des sog. Winter-Notprogramms Obdachlose auf montags bis sonntags von 18 bis 23 Uhr auszuweiten.
2. Die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, ob eine Ausweitung des Kältebus-Angebots bis 3 Uhr morgens oder auf die ganze Nacht ein geeignetes Mittel zur Betreuung bzw. Rettung von Obdachlosen ist.

Begründung

Zu 1.

Das Kältebus-Angebot dient einer niedrigschwelligen Betreuung von Obdachlosen. Um diese zu optimieren, sollten die Einsatzzeiten ausgeweitet werden. Eine Ausweitung des Kältebus-Einsatzes auf die gesamte Woche einschließlich des Wochenendes ist bedarfsgerecht, denn an jedem Abend in der Woche stellen warme Getränke und Essen eine wichtige (Über-)Lebenshilfe dar, ebenso ggf. zusätzliche, wärmende Kleidung.

Zu 2.

Vier tote Obdachlose in Hannover innerhalb kürzester Zeit sind ein deutliches Zeichen, dass es Obdachlosen an Vielem fehlt. Da die besonders kritische Zeit nachts - und keineswegs nur kältebedingt - ist, muss geprüft werden, inwiefern eine Betreuung auch in dieser Zeitphase erfolgen muss, u.a. um Menschenleben zu retten.

Dirk Machentanz
Vorsitzender

Hannover / 19.02.2019

Schmiedestraße 39
30159 Hannover

Gruppenvorsitzender
Dirk Machentanz

☎ 05 11 - 168 326 00

📠 05 11 - 168 326 08

linke.piraten@hannover-rat.de

In

- den Sozialausschuss
- den Ausschuss für Haushalt, Finanzen
und Rechnungsprüfung
- den Verwaltungsausschuss
- die Ratsversammlung

2019-02-18

Dringlichkeitsantrag

gemäß §§ 10, 11, 33 und 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

Ausweitung der Einsatzzeiten für Kältebus

zu beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Kältebus-Einsatz im Rahmen des sog. Winter-Notprogramms Obdachlose auf montags bis sonntags von 18 bis 23 Uhr auszuweiten.
2. Die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, ob eine Ausweitung des Kältebus-Angebots bis 3 Uhr morgens oder auf die ganze Nacht ein geeignetes Mittel zur Betreuung bzw. Rettung von Obdachlosen ist.

Begründung:

Zu 1.

Das Kältebus-Angebot dient einer niedrigschwelligen Betreuung von Obdachlosen. Um diese zu optimieren, sollten die Einsatzzeiten ausgeweitet werden. Eine Ausweitung des Kältebus-Einsatzes auf die gesamte Woche einschließlich des Wochenendes ist bedarfsgerecht, denn an jedem Abend in der Woche stellen warme Getränke und Essen eine wichtige (Über-)Lebenshilfe dar, ebenso ggf. zusätzliche, wärmende Kleidung.

Zu 2.

Vier tote Obdachlose in Hannover innerhalb kürzester Zeit sind ein deutliches Zeichen, dass es Obdachlosen an Vielem fehlt. Da die besonders kritische Zeit nachts - und keineswegs nur kältebedingt - ist, muss geprüft werden, inwiefern eine Betreuung auch in dieser Zeitphase erfolgen muss, u.a. um Menschenleben zu retten.



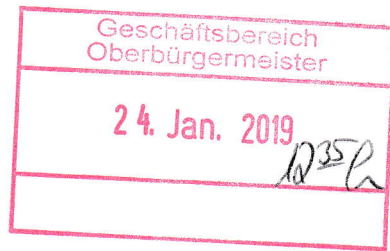
Dirk Machentanz
Vorsitzender

An das Oberbürgermeister

Hannover, den 24.01.2019

Trammplatz 2

30159 Hannover



Tobias Braune

Einzelvertreter der LHH

In die Ratsversammlung,

liebe Ratsdamen und Ratsherrn,

Dringlichkeitsantrag gem. der Geschäftsordnung der Landeshauptstadt Hannover

Einrichtung einer zentralen Notunterkunft für Obdachlose in der nicht genutzten U-Bahn-Station unter dem Raschplatz

Antrag zu beschließen:

Der Rat möge die Einrichtung einer Notunterkunft für Obdachlose unter dem Raschplatz schnellstmöglich beschließen. Die Obdachlosigkeit hat auch im Jahr 2018 erheblich in der Innenstadt zugenommen. Es hat bereits in der Innenstadt ein Kälteopfer gegeben. Aus diesem traurigen Anlass heraus bedarf es einen spontanen Lösungsansatz, die Einrichtung einer zentralen Notunterkunft mit 50 Notschlafmöglichkeiten in der so genannten Geisterstation. Die Notunterkunft am Alten Flughafen scheint weder auszureichen noch für Obdachlose eine bekannte Option zu sein.

Mit besten Grüßen

Tobias Braune

Herrn
Oberbürgermeister
Stefan Schostok
o. V. i. A.
Rathaus

Hannover, 30.01.2019

In den Sozialausschuss
In die Ratsversammlung

Antrag gemäß § 10 der GO des Rates

Prüfantrag: Öffnung des Bunkers unter dem Ernst-August-Platz als Notunterkunft für Obdachlose im Winter

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit sich der Bunker unter dem Ernst-August-Platz im Winter als Notunterkunft für Obdachlose eignet.

Begründung:

Schätzungen zufolge leben derzeit ca. 4000 Obdachlose in Hannover. Tendenz steigend.
Ca. 400 von ihnen leben auf der Straße.

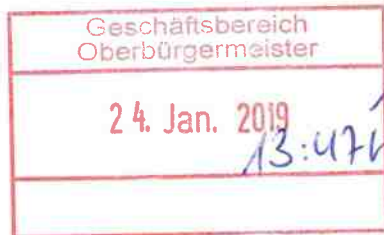
Viele Obdachlose meiden die vorhandenen Notunterkünfte, da sie Angst vor Übergriffen u. ä. haben. Auch kommt es durch die hohe Belegung in den Unterkünften oft zu Spannungen untereinander, weshalb viele von ihnen es vorziehen, lieber auf der Straße zu übernachten.

Der Bunker unter dem Ernst-August-Platz bietet Platz für ca. 2100 Personen.
Bereits mehrfach wurden Menschen dort untergebracht: Nach der Wende 1989 DDR-Bürger oder auch 2006 mex. Fußballfans, die ihren Flug verpassten.

Mit der Öffnung des ehemaligen Bunkers (in den Wintermonaten) könnte kurzfristig eine erhebliche Anzahl an Schlafplätzen für obdachlose Personen geschaffen werden.
Bedingt durch die bereits erwähnte hohe Kapazität von 2100 Personen könnte eine Öffnung des Bunkers im Winter auch zur „Entzerrung“ der angespannten Situationen in den Notunterkünften beitragen.



Jens Böning
Fraktionsvorsitzender



CDU RATSFRAKTION
HANNOVER

In die Ratsversammlung

24. Januar 2019

Dringlichkeitsantrag

gem. der Geschäftsordnung des
Rates der Landeshauptstadt Hannover

**Steigerung der Akzeptanz von städtischen
Obdachlosenunterkünften**

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Steigerung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften bei der betroffenen Personengruppe zu entwickeln und den entsprechenden Gremien umgehend vorzulegen.

Begründung:

Befragungen/Untersuchungen haben immer wieder gezeigt, dass für einen erheblichen Teil der auf der Straße lebenden Menschen die Furcht vor Belästigungen, Gewalt und Diebstählen an ihrer Habe den Hauptgrund dafür darstellt, dass sie die bestehenden Unterkunftsangebote nicht nutzen. Stattdessen schlafen sie, selbst bei arktischen Temperaturen, nachts unter Brücken oder unter freiem Himmel. Jetzt hat dieser Umstand sogar einen Menschen in Hannover das Leben gekostet.

Diese menschenunwürdigen Umstände könnten durch deutlich verbesserte Sicherheitsvorkehrungen in den Unterkünften – wie zum Beispiel mehr Sicherheits- und Aufsichtspersonal sowie abschließbare Schränke – positiv verändert werden.

Jens Seidel
Vorsitzender



DIE LINKE. PIRATEN

Gruppe im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Schmiedestraße 39
30159 Hannover

Gruppenvorsitzender
Dirk Machentanz

☎ 0511 - 168 326 00

📠 0511 - 168 326 08

linke.piraten@hannover-rat.de

In

- den Sozialausschuss
- Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
- den Verwaltungsausschuss
- die Ratsversammlung

2019-02-18

Zusatzantrag

gemäß §§ 12, 33 und 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

zu Drs. 0267/2019

Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Steigerung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften

zu beschließen:

Bei der Erstellung des Konzeptes zur Steigerung der Akzeptanz von städtischen Unterkünften für Obdachlose bei der betroffenen Personengruppe ist folgende Zielstellungen mit zu berücksichtigen:

Alle Unterkünfte für Obdachlose sind auch tagsüber offen zu halten.

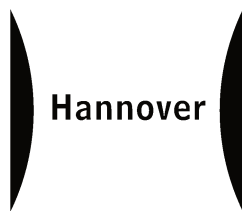
Begründung:

Obdachlose benötigen nicht nur nachts ein Dach über dem Kopf. Sie müssen auch tagsüber die Möglichkeit des Rückzugs und Aufwärmens haben.

Solange Obdachlose nicht über eigene vier Wände verfügen, muss über die Unterkünfte auch tagsüber eine adäquate Rückzugsmöglichkeit geschaffen werden.

Dirk Machentanz
Vorsitzender

Landeshauptstadt



Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Sozialausschuss
In den Verwaltungsausschuss

Nr. 0283/2019

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Beratungs- und Betreuungsangebot für Clubs, Partys und Festivals/SaferNightLife

Antrag,

dem Momo-Projekt für die Realisierung der beschriebenen Arbeit einen Betrag von 6.000€ für die Betreuung von 12 Veranstaltungen im Stadtgebiet zu bewilligen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Richtet sich sowohl an Frauen und Männer.

Kostentabelle

Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen in Euro:

Teilfinanzhaushalt 50 - Investitionstätigkeit

Investitionsmaßnahme

Bezeichnung

Einzahlungen

Auszahlungen

Saldo Investitionstätigkeit

0,00

Teilergebnishaushalt 50

Angaben pro Jahr

Produkt 41401 Drogenhilfe

Ordentliche Erträge

Ordentliche Aufwendungen

Transferaufwendungen

6.000,00

Saldo ordentliches Ergebnis

-6.000,00

Begründung des Antrages

Auf kommerziellen Party-, Club- und Festivalangeboten für Jugendliche und junge Erwachsene werden mitunter legale und auch illegalen Drogen konsumiert. Neben den notwendigen Präventionsangeboten im Vorfeld dieser Veranstaltungen (in allgemein- und berufsbildenden Schulen, durch Internetseiten etc.), gibt es nun für die Stadt Hannover durch das „Momo-Projekt“ die Möglichkeit, während der Veranstaltungen ein Beratungs- und Betreuungsangebot zu installieren.

Der Name Momo entstammt Michael Endes gleichnamigem Roman und steht für einen bewussten Umgang mit sich selbst auch im Kontext von Feiern und Party. Das „Momo Projekt“ ist ein Verein, der als Ziel eine „soziokulturelle Gesundheitsförderung und einen ganzheitlichen SaferNightLife-Ansatz“ formuliert.

Konkret bedeutet dies, dass bei den Partys oder Festivals ein Stand für den Zeitraum von sechs Stunden von vier Personen betreut wird. Ziel dieses Angebotes ist die so genannte „harm reduction“, also die Schadensminimierung beim Konsum von Drogen. Voraussetzung dafür ist die Förderung eines kritischen Umgangs von risikohaften Aspekten des Drogenkonsums. Dabei stehen die Informationen über die Wirkungen der einzelnen Substanzen und der Gefahren eines Mischkonsums im Zentrum des Angebotes. Auch die Bedeutung des gemeinsamen Konsums durch Mundstücke und ähnlichem bedeuten eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Übertragung von Infektionen und ist somit Bestandteil der Informationsarbeit. Die niedrigschwellige Arbeit auf Partys und Festivals schließt die Abgabe von SaferUse-Artikeln, Wasser und Obst mit ein.

Außerdem gibt es einen Rückzugsraum („ChillOut-Area“) als ersten Anlaufpunkt für eine direkte und präventive Hilfestellung bei Krisenfällen, zum Beispiel bei körperlichen oder psychischen Beeinträchtigungen durch den Konsum. Dieser Ansatz ist durch andere Anbieter*innen der sozialen Arbeit bereits in den 1990er Jahren bei Techno-Partys verfolgt worden und hat sich in der Praxis häufig bewährt. Ist eine intensivere medizinische Hilfe notwendig, werden Sanitätskräfte des Veranstalters hinzugezogen bzw. der allgemeine Notruf getätigt.

Dieses Konzept setzt im Vorfeld eine gute Absprache mit dem Veranstalter und, für den Aspekt der Krisenfälle, mit den Sanitäter*innen voraus. Diese entsprechende Vorbereitung ist ebenfalls Bestandteil der finanziellen Förderung.

Interessant an diesem Projekt ist, dass es von sogenannten Peers getragen wird, also Menschen, die selbst Anhänger der Musikkultur sind und sich als junge Erwachsene im gleichen Alter wie die meisten Partygäste befinden. Dadurch ist ein glaubwürdiger Zugang als Gesprächs- und Informationsangebot möglich. Ähnliche Projekte in Berlin und Frankfurt am Main bestätigen dies.

Nach der Beteiligung am letztjährigen Gedenktag für die verstorbene Drogengebrauchenden hat sich der Verein im Herbst 2018 an die Stadt gewandt und sich nach Möglichkeiten für eine finanzielle Förderung dieser Tätigkeit erkundigt. Aus diesen Gesprächen heraus entwickelte sich ein Antrag, der für 2019 in Höhe von 7.350€ an die Stadt gestellt wurde. Diese Summe setzt sich aus Personalkosten für die geleisteten Stunden in Bezug auf die Vorbereitung und Durchführung von 15 Veranstaltungen und Sachkosten (Druck von Informationsmaterialien, SaferUse-Artikeln, sowie Wasser und Obst, Fahrtkosten) zusammen.

Für den Herbst ist eine gemeinsame Auswertung der Erfahrungen und Ergebnisse durch den Verein und den Beauftragten Sucht und Suchtprävention vorgesehen. Sie bildet die Grundlage für eine mögliche Fortsetzung dieses Angebotes.

Dez. III
Hannover / 28.01.2019

Landeshauptstadt

Hannover

Informations-
drucksache



In den Sozialausschuss

Nr. 0422/2019

Anzahl der Anlagen 1

Zu TOP

Abschluss des Förderwettbewerbes für Projekte zur Unterstützung alter(n)sgerechter Quartiersentwicklung 2018

Vorbemerkung

Entsprechend des Beschlusses der Ratsversammlung vom 27. September 2018 wurde zum dritten Mal ein Wettbewerb durchgeführt, um Projekte zur Unterstützung der alter(n)sgerechten Quartiersentwicklung in der Stadt Hannover zu fördern. Wie bereits in den Jahren 2016 und 2017 richtete sich der Wettbewerb insbesondere an Wohlfahrtsverbände und freie Träger. Bewerben konnten sich auch Unternehmen der Wohnungswirtschaft sowie Nachbarschaftsinitiativen.

Für den Wettbewerb wurden insgesamt 11 Projekte mit einer Antragshöhe von 119.771,44 Euro eingereicht.

Zur Auswahl der Projekte hat die Ratsversammlung eine Wettbewerbsjury eingesetzt, welche am 03.12.2018 getagt und die einzelnen vorgeschlagenen Projekte bewertet hat. Das Jury-Votum ist aus Anlage 1 zu dieser Drucksache ersichtlich.

Nach den Wettbewerbsbedingungen konnte eine höchstmögliche Fördersumme von 25.000 Euro für ein Projekt erreicht werden. Nach Beschluss der Ratsversammlung vom 27.09.2018 ist die Verwaltung ermächtigt, über die Bewilligung von Zuwendungen bis zu einer Höhe von 25.000 Euro nach Maßgabe der Förderbestimmungen zu entscheiden, soweit hierdurch das Votum der Wettbewerbsjury umgesetzt wird.

Die Wettbewerbsjury hat sich bei ihren Bewertungen der im einzelnen vorgeschlagenen Projekte im Wesentlichen von folgenden Grundsätzen leiten lassen: Stimmigkeit des Konzeptes, Bedarf für die Förderung (würde das Projekt nicht auch ohne Förderung verwirklicht?), angemessener Eigenanteil des Projektträgers, zu erwartender Mehrwert durch das Projekt, Quartiersbezug. Etwasige Bedenken und Signalwirkungen wurden gegeneinander abgewogen.

Dies führte im Ergebnis des Juryvotums dazu, dass kein Förderantrag ausgeschlossen, aber in drei Fällen die gewünschten Förderbeträge reduziert wurden. Es ist mit dem Wettbewerb eine Gesamtfördersumme von 84.664,44 Euro erreicht worden, davon 16.546,06 Euro investiv und 68.118,38 Euro konsumtiv. Die Verwaltung ist dem Juryvotum in vollem Umfang gefolgt und bittet um Kenntnisnahme, dass die Mittelverteilung aus dem Förderwettbewerb gemäß dem als Anlage 1 beigefügten Votum der dazu eingesetzten Wettbewerbsjury vorgenommen wird.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

„Alter(n)sgerechte Quartiersentwicklung“ hat die Verbesserung städtebaulicher und sozialer Belange vor Augen mit dem Ziel, einer „Stadt für Alle“ näher zu kommen. Die Maßnahmen sind dabei nicht notwendigerweise auf bestimmte Personengruppen ausgerichtet, es ist auch nicht ausgeschlossen, dass bei einzelnen Projekten auch geschlechtsspezifische Besonderheiten eine Rolle spielen können.

Kostentabelle

Der für den Wettbewerb mit Ratsbeschluss vom 27. September 2018 zur Verfügung gestellte Betrag von insgesamt 100.000 Euro wird durch die Juryentscheidung mit 84.664,44 Euro nicht vollständig ausgeschöpft..

57

Hannover / 07.02.2019

Lfd. Nr.	Antragsteller	Projekt	Projektkosten	Antragshöhe	35%, 25.000 €	Bemerkungen	Juryvotum
1	Aegidius-Haus AUF DER BULT GmbH	„Hand an Hand AUF DER BULT“	3.000,00 €	3.000,00	3.000,00	für 3 Jahre geplant	3.000,00 €
2	AWO Region Hannover e.V.	„Vom Seniorenbüro zum Quartierstreff – Engagement und Teilhabe für ältere Menschen in Anderten“	70.179,90 €	24.562,97	24.562,97	i.O.	24.562,97 €
3	Caritasverband Hannover e.V. Seniorendienste	Gerontopsychiatrische Beratungs- und Begegnungsstelle „Olivenhain“	25.000,00 €	25.000,00	8.750,00	kein Eigenbeitrag, maximal 8.750 €	3.000,00 €
4	Die Christengemeinschaft in Kooperation mit dem Friedrich-Rittelmeyer-Haus gGmbH Pflegeheim	Zukunft Quartier Zoo	3.000,00 €	3.000,00	3.000,00	i.O.	3.000,00 €
5	DRK-Pflegedienste in der Region Hannover gem. GmbH	Quartier „Listholzer Uferblicke“ – DRK Wohnen, Dienstleistungen und Quartiersarbeit	78.114,46 €	27.340,00	25.000,00	max. 25.000 €	25.000,00 €
		davon investiv	47.274,46 €		16.546,06		
6	Ev.-luth. Kirchengemeinde Ledeburg -Stöcken	ZWAR „Zwischen Arbeit und Ruhestand“	3.110,00 €	3.000,00	3.000,00	i.O.	3.000,00 €
7	Förderverein Leben und Arbeiten im Stadtteil Vahrenheide (FLAIS e.V.)	MOBS – MOBiler Sozialdienst – HilfsDienst für Seniorinnen und Senioren in Vahrenheide	3.000,00 €	3.000,00	3.000,00	i.O.	3.000,00 €

Förderwettbewerb für Projekte zur Unterstützung alter(n)sgerechter Quartiersentwicklung

Seite 2 von 2

Lfd Nr.	Antragsteller	Projekt	Projektkosten	Antragshöhe	35%, 25.000 €	Bemerkungen	Juryvotum	
8	Gemeinnützige Gesellschaft für inklusive Serviceleistungen mbH (gGiS mbH)	Stabilisierung und Weiterentwicklung der inklusiven Nachbarschaft am Hainhölzer Markt	33.575,64 €	11.751,47	11.751,47	i.O.	11.751,47 €	
9	Kulturinitiative Döhren-Wülfel-Mittelfeld e.V.	„Ein Nachmittag für uns“	2.650,00 €	2.350,00	2.350,00	Eigenleistung 300 €	2.350,00 €	
10	Miteinander für ein schönes Viertel (MSV e.V.)	Weiterführung der Seniorenarbeit im Canarisweg	17.865,00 €	3.000,00	3.000,00	i.O.	3.000,00 €	
11	Solidarisch-Präventiv-Attraktiv-Tatkräftig-Sozial Einrichtungen und Projekte der Selbsthilfe im Sahlkamp (SPATS e.V.)	Senior*innen-Aktiv-Zentrum Sahlkamp	53.240,00 €	13.767,00	13.767,00	maximal 18.634 €	3.000,00 €	
Summe			292.735,00 €	119.771,44 €	101.181,44 €		84.664,44 €	
							investiv	16.546,06 €
							konsumtiv	68.118,38 €